

Gewerkschaften in Brasilien: Auf der Suche nach einer demokratischen Identität*

Hans-Jürgen Krüger, geboren 1943 in Berlin, studierte Sozialgeschichte, Politologie und Geographie in Berlin und Frankfurt/M. Von 1971 bis 1977 war er als wissenschaftlicher Assistent am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin und Lehrbeauftragter für Sozialpolitik an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpolitik in Berlin tätig. Seit 1979 ist er Leiter des Instituto Latino Americano de Desenvolvimento Econômico e Social — ILDES in Rio de Janeiro.

Brasiliens politische Struktur, das wirtschaftliche Leben und die Arbeitsbeziehungen zeigen eine Reihe von Widersprüchlichkeiten: Brasilien steht heute, nimmt man die absolute Größe der Warenproduktion zur Grundlage, innerhalb der kapitalistischen Welt an achter Stelle. Es hat die größte Industriekonzentration Lateinamerikas und die brasilianische Arbeiterklasse ist größer als die argentinische, mexikanische und kolumbianische zusammengenommen.¹

Andererseits zeigt Brasilien noch immer die typischen Merkmale der Unterentwicklung: eine extrem starke Einkommenskonzentration, hohe Zahlen für Analphabetismus, Säuglingssterblichkeit, Slumbildung und regionale Ungleichgewichte. Die Industrie zeigt ein Nebeneinander von wenigen modernen Großbetrieben und einer Vielzahl von Minibetrieben mit geringer Produktivität.

Wirtschaftliche und politische Entwicklung: flexible Kontinuität

Die Industrialisierung Brasiliens begann im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts, konnte sich jedoch gegen die Übermacht der exportorientierten Agraroligarchie nicht recht durchsetzen. Erst 1930 ergriff mit Getúlio Vargas die Industriefraktion der brasilianischen Bourgeoisie die Macht und setzte alle Instrumente des Staates zur Förderung einer importsubstituierenden Industrialisierung ein. Dieser historische Einschnitt bedeutete jedoch keineswegs die völlige Entmachtung des Agrarsektors. Bis heute spielt der landwirtschaftliche Großbetrieb,

* Der Verfasser dankt der ILDES-Mitarbeiterin Ingrid Sarti für wertvolle Anregungen und Hilfe. 1 Werner Würtele, *Auf dem Weg zu einer „authentischen“ Gewerkschaftsbewegung in Brasilien*. Diss. Berlin 1980, S. 166.

besonders wenn er sich unter dem Druck der forcierten kapitalistischen Entwicklung modernisieren konnte, eine wichtige Rolle. Die import-substituierende Industrialisierung seit 1930 führte nicht zur allmählichen Aufhebung der Abhängigkeit vom Ausland. Um hohe Wachstumsraten zu garantieren, wurde vielmehr seit Mitte der 50er Jahre verstärkt Auslandskapital ins Land geholt. Es entstand das Modell einer assoziierten kapitalistischen Entwicklung.²

In diesem Modell spielt der Staat als Entwicklungsagent noch immer eine entscheidende Rolle. Er ist Eigentümer von 73 % der Netto-Kapitalanlage der 200 größten Betriebe Brasiliens. Staatsbetriebe sind zu 41 % am Umsatz und zu 57 % am Gewinn dieser Unternehmen beteiligt und der Staat ist Arbeitgeber für 44 % der in diesen Unternehmen Beschäftigten/

Während der Staat vor allem in der Grundstoffindustrie, im Energiesektor, bei Transport und Kommunikation wirtschaftlich aktiv ist, werden bestimmte Schlüsselindustrien (Automobil, Elektrotechnik, Chemie) von transnationalen Unternehmen beherrscht. Nahrungsmittel, Textilindustrie, einfache Konsumgüter, Möbel und Baugewerbe sind dagegen, von einigen wichtigen Ausnahmen abgesehen, das Betätigungsfeld der einheimischen Unternehmer.

Auch die brasilianische Politik der vergangenen 50 Jahre zeigt charakteristische Widersprüchlichkeiten. Oberflächlich betrachtet erscheint sie recht bewegt. Auf die Revolution von 1930 folgte 1937 ein Staatsstreich von oben: Getúlio Vargas führte die korporativistische Diktatur des „Estado Novo“ ein. 1945 wurde der Diktator gestürzt. Eine verfassunggebende Nationalversammlung entließ 1946 Brasilien in die Demokratie. 1950 kam Vargas, diesmal durch Wahlen, erneut an die Macht. Er beendete seine Amtszeit 1954 durch Selbstmord. 1964 stürzten die Militärs den verfassungsmäßigen Präsidenten Goulart. Vier Jahre später begann die Phase der harten Militärdiktatur, die bis 1974 dauerte und durch Ermordung, Folterung und Exil von tausenden von oppositionellen Politikern und Gewerkschaftlern charakterisiert war. Seit 1974 ist schließlich ein allmählicher politischer Öffnungsprozeß unter den Generälen Geisel und Figueiredo im Präsidentenamt zu beobachten.

Hinter all diesen Ereignissen verbirgt sich jedoch eine erstaunliche Kontinuität von Machtstrukturen, Personen und politischem Stil. Seit der Unabhängigkeit Brasiliens 1822 hat sich niemals ein Machtwechsel vollzogen, der etwa eine völlig neue Personengruppe mit gänzlich entgegengesetzten Zielvorstellungen und Verhaltens-

2 Zum brasilianischen Entwicklungsmodell siehe u. a. Klaus Esser, *Lateinamerika. Industrialisierungsstrategien und Entwicklung*. Frankfurt/M 1979 sowie Wolf Grabendorff und Manfred Nitsch, *Brasilien: Entwicklungsmodell und Außenpolitik*. München 1977.

3 *Visão, Quem é quem na economia brasileira ?*, 1978. Bei den 6000 größten Betrieben ist der Staat für 46,7 % der Nettokapitalanlagen verantwortlich. Der Staatsanteil hat nach neueren Veröffentlichungen eine steigende Tendenz. *Visão, Quem e quem*, 1980.

mustern an die Spitze gebracht hätte. Der Machtwechsel war immer ein Wechsel vom mächtigsten zum zweitmächtigsten Mann innerhalb des bestehenden Systems. Der Kaiser Brasiliens wurde 1889 von seinem Generalfeldmarschall gestürzt, der letzte Präsident der alten Republik 1930 von seinem Finanzminister Getúlio Vargas. Vargas selbst wurde von seinem Kriegsminister abgesetzt und in seiner zweiten Amtszeit konspirierte sein Vizepräsident gegen ihn. Gegen Präsident Goulart waren seine eigenen Militärminister und fast alle Regierungschefs der Bundesstaaten. Die Generäle und Minister, die heute die Demokratisierung Brasiliens versprechen, waren in der Phase der harten Repression in höchsten staatlichen Führungspositionen.

Die Herrschaft der traditionellen Familien, Paternalismus und ein tief eingewurzelter Autoritarismus bestimmen das politische und soziale Leben. Die Instrumente der „friedlichen“ sozialen Kontrolle und Beherrschung — immer mit dem Ziel der Absicherung der bestehenden Ordnung — sind in Brasilien hoch entwickelt. Neben dem Autoritarismus spielt auch die, zumeist institutionalisierte, Korruption eine bedeutende Rolle in Politik und Wirtschaft. Zur brasilianischen politischen Tradition gehören nicht der abrupte Wechsel und das soziale Experiment. Es sei nur daran erinnert, daß auch in der härtesten Phase der brasilianischen Miliärdiktatur das Parlament niemals völlig geschlossen wurde, Wahlen stattfanden und auch die Gewerkschaften nicht verboten waren. Die Herrschenden zeigten sich selbst bei der politischen Repression flexibel und anpassungsfähig.

Gewerkschaftliche Entwicklung unter staatlicher Kontrolle

In diesem ökonomischen und sozio-kulturellen Rahmen müssen die brasilianischen Gewerkschaften gesehen werden. Die ersten Gewerkschaften entstanden mit der Industrialisierung Brasiliens. Sie waren zahlenmäßig schwach und aufgrund des Einflusses italienischer und spanischer Einwanderer unter den Arbeitern stark von anarcho-syndikalistischen Zügen geprägt.

Bis 1930 gelang es weder eine starke Gewerkschaftsbewegung noch eine bedeutende sozialistische Partei aufzubauen. Getúlio Vargas erkannte die wichtige Rolle, die eine organisierte Arbeiterbewegung beim Industrialisierungsprozeß hat. Er erkannte aber auch die Gefahren, die von einer unabhängigen und militanten Arbeiterbewegung für einen staatlich gelenkten Industrialisierungsprozeß ausgehen können. Die Schwäche der damaligen brasilianischen Gewerkschaftsbewegung ausnützend, schuf er deshalb eine Arbeitsgesetzgebung, die die Gewerkschaften in allen Bereichen des Handels und der Industrie zum anerkannten Partner machte und ihre materielle Existenz absicherte, sie aber zugleich einer strengen administrativen und politischen Kontrolle durch das Arbeitsministerium unterwarf. Die ersten Gesetze dieser Art wurden bereits 1931 erlassen. 1943 wurde die gesamte Gesetz-

gebung überarbeitet und zu einem Arbeitsgesetzbuch (Consolidação das Leis do Trabalho, CLT) zusammengefaßt. Das Arbeitsgesetzbuch ist in Form und Inhalt weitgehend der faschistischen Arbeitsgesetzgebung Italiens nachgebildet worden.

Vom Standpunkt einer durch die Staatsbürokratie gelenkten kapitalistischen Entwicklung aus kann die Gewerkschaftsgesetzgebung Getúlio Vargas' geradezu als genialer Schachzug gesehen werden. Der praktische Beweis dafür ist, daß sie seit nunmehr über 50 Jahren praktisch unverändert in Kraft ist. Im gleichen Zeitraum hat Brasilien dreimal die Verfassung geändert und zwei Revolutionen erlebt. Die Arbeitsgesetzgebung jedoch war sowohl dem Diktator Vargas wie den demokratischen Präsidenten von 1946 bis 1964 als auch den Militärs nach 1964 von Nutzen.

Organisationsstruktur und Finanzierungssystem der Gewerkschaften

Die brasilianischen Gewerkschaften sind im Grunde genommen Institutionen öffentlich-rechtlichen Charakters, die der Staat den Arbeitern zur geordneten und kontrollierten Mitwirkung an der Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Verfügung stellt. Die Bildung einer Gewerkschaft hängt vom Arbeitsministerium ab. In definierten Regionen (zumeist eine Gemeinde) und Berufsgruppen (das Ministerium hat eine Liste der anerkannten Berufe) können sich Berufsverbände bilden. Diese Berufsverbände dürfen den Antrag auf Anerkennung als Gewerkschaft stellen, wenn sie mehr als ein Drittel der entsprechenden Berufskategorien einer bestimmten Region als Mitglieder nachweisen. Über die Anerkennung als Gewerkschaft entscheidet eine Kommission des Arbeitsministeriums. Für jede Region und jede Berufskategorie wird nur eine Gewerkschaft zugelassen. Ein Gewerkschaftspluralismus ist also gesetzlich ausgeschlossen.

Die Gewerkschaft erhält durch ihre staatliche Anerkennung auch die Garantie ihres finanziellen Überlebens. Jeder brasilianische Arbeitnehmer ist verpflichtet, einen Tageslohn pro Jahr für das Gewerkschaftswesen abzugeben, unabhängig davon, ob er Gewerkschaftsmitglied sein will oder nicht. Diese sogenannte „Gewerkschaftssteuer“ wird vom Arbeitgeber einbehalten und an das Arbeitsministerium abgeführt, das nach einem bestimmten Schlüssel einen Teil davon den Ortsgewerkschaften und Gewerkschaftsföderationen zukommen läßt. Außerdem können sich Arbeiter der Gewerkschaft freiwillig anschließen. Sie zahlen dann einen von der Gewerkschaft festgesetzten Beitrag und haben Anrecht auf die Sozialleistungen der Gewerkschaft, einschließlich Rechtsberatung. Außerdem dürfen sie alle zwei Jahre den Gewerkschaftsvorstand wählen. Im allgemeinen machen die freiwilligen Mitgliedsbeiträge nur einen geringen Prozentsatz der Gewerkschaftsfinanzen aus. Eine dritte Finanzierungsquelle besteht darin, daß die Gewerkschaften einen Prozentsatz der in Tarifverträgen oder Arbeitsgerichtsentscheidungen erreichten Lohnerhöhungen zugewiesen bekommen.

Dieses Finanzierungssystem macht die Gewerkschaftsvorstände von einer aktiven Mitgliedschaft weitgehend unabhängig. Viele der über 4.000 Ortsgewerkschaften Brasiliens haben einen effektiven, d. h. beitragszahlenden Mitgliederstand von weniger als 10% der Berufskategorie. Neuaufnahmen werden häufig verhindert, wenn der Verdacht besteht, daß das neue Mitglied in Opposition zum bestehenden Vorstand treten oder Sozialleistungen über Gebühr beanspruchen könnte.

Die typische Gewerkschaft der kleinen Städte des Binnenlandes Brasiliens hat zumeist ein gut ausgestattetes Gewerkschaftshaus mit Räumen für Arzt, Zahnarzt, eine kleine Apotheke, manchmal auch einen Frisörsalon, ein Büro für die Routineangelegenheiten (z. B. Abstempelung der Entlassungspapiere) und einen Versammlungsraum, der überwiegend für Nähkurse und Tanzveranstaltungen benutzt wird. Die Beschränkung auf Aktivitäten der Sozialunterstützung ist gesetzlich vorgesehen. Die Gelder der Gewerkschaftssteuer dürfen nur für diese Zwecke ausgegeben werden.

Diese Gewerkschaften haben oft nur sehr wenige Mitglieder und Vorstände, die nicht selten schon Jahrzehnte im Amt sind. Die durchschnittliche Mitgliederzahl der brasilianischen Gewerkschaften betrug 1978 2.200 Mitglieder. Allerdings konzentrieren nur 87 Ortsgewerkschaften über 50% aller gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer. Die größte Ortsgewerkschaft (Metallarbeiter in São Paulo) hat allein 3 % aller brasilianischen Gewerkschaftsmitglieder. Insgesamt 8,83 Millionen von 26 Millionen abhängig Beschäftigten sind gewerkschaftlich organisiert.⁴

Das System der Ortsgewerkschaften führt zu enormen quantitativen und qualitativen Verzerrungen im brasilianischen Gewerkschaftswesen und macht ein einheitliches Vorgehen aufgrund der sehr unterschiedlichen Interessenlage der verschiedenen Ortsgewerkschaften fast unmöglich. Es gibt zwar überregionale Zusammenschlüsse (Föderationen auf der Ebene eines Bundesstaates und sieben Konföderationen auf nationaler Ebene). Föderationen und Konföderationen haben jedoch keine Tarifhoheit. Sie beschränken sich auf Repräsentation, Beratungsfunktionen gegenüber der Bundes- bzw. den Landesregierungen und in einigen Fällen Fortbildungsveranstaltungen. Bei den Wahlen zu den Vorständen der Föderationen hat jede Gewerkschaft unabhängig von ihrer Mitgliederzahl nur eine Stimme. Daher werden fast alle überregionalen Verbände von Vertretern der kleinen Gewerkschaften des Binnenlandes kontrolliert. Die großen Gewerkschaften der industriellen Ballungsräume, die über die Hälfte der brasilianischen organisierten Arbeitnehmerschaft vertreten, sind in den Dachverbänden der brasilianischen Gewerkschaften stark unterrepräsentiert.

⁴ Anuário estatístico Brasil 1980. Die offiziellen Angaben weichen allerdings von der tatsächlichen Mitgliederstärke erheblich ab. Im Juli 1981 waren bei der Metallgewerkschaft São Paulo von 262.000 karteimäßig erfaßten Mitgliedern nur 54.000 Beitragszahler und damit wahlberechtigt. Die Gesamtzahl der Gewerkschaftssteuer entrichtenden Metallarbeiter São Paulos betrug dagegen über 440.000.

Staatliche Eingriffe in die Gewerkschaften und Streikrecht

Allein schon durch diese Organisationsstruktur läßt sich das brasilianische Gewerkschaftswesen politisch fast lückenlos kontrollieren. Die Kompetenzen des Staates gehen jedoch noch viel weiter. Der Arbeitsminister ist berechtigt, durch seine Beamten auf regionaler Ebene alle innergewerkschaftlichen Vorgänge überprüfen zu lassen und, wenn er glaubt, Unregelmäßigkeiten festgestellt zu haben, die Gewerkschaftsvorstände abzusetzen. Er kann an ihre Stelle entweder einen Beamten des Arbeitsministeriums oder eine von ihm ausgesuchte Verwaltungsjunta von Gewerkschaftsmitgliedern setzen. Von diesen Möglichkeiten haben die Arbeitsminister besonders nach 1964 reichlich Gebrauch gemacht. Es ist aufschlußreich, daß vor allen Dingen in großen Gewerkschaften interveniert wurde. Im Zeitraum von 1964 bis 1975 wurde in 70 % aller Gewerkschaften, die mehr als 5.000 Mitglieder haben, interveniert. Dagegen mußten nur 19 % der kleinen Gewerkschaften mit weniger als 1.000 Mitgliedern einen staatlichen Eingriff dulden.⁵ Die Interventionen sind auch heute im Prozeß der politischen Öffnung ein gebräuchliches Instrument zur Disziplinierung der Gewerkschaften. So wurde 1979 und 1980 der Gewerkschaftsvorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft von São Bernardo, Luis Ignácio da Silva, genannt Lula, aus dem Amt entfernt. Während er 1979 nach einigen Monaten vom Arbeitsminister wieder eingesetzt wurde, ging man 1980 schärfer gegen ihn vor. Er wurde wegen des 1980 durchgeführten Streiks des Verstoßes gegen das Gesetz der nationalen Sicherheit angeklagt und im Frühjahr 1981 zu 2½ Jahren Haft verurteilt. Auch 1981 hat es weitere Absetzungen von Gewerkschaftsvorständen gegeben.

Der häufigste Anlaß für Eingriffe in die gewerkschaftliche Autonomie sind Streiks. Paradoxerweise ist das Streikrecht in der brasilianischen Verfassung ausdrücklich garantiert. Es ist auch in den Zeiten der Militärdiktatur niemals widerrufen worden. Die Ausführungsbestimmungen sind jedoch so kompliziert, daß die Durchführung eines legalen Streiks fast unmöglich ist. Sollte es dennoch zu einem legalen Streik kommen, so genießt der Arbeitnehmer den Schutz der staatlichen Autorität. Er hat während der Streikzeit Kündigungsschutz und erhält den vollen Lohn vom Arbeitgeber. Kommt der Arbeitgeber seinen Verpflichtungen nicht nach, so hat der streikende Arbeitnehmer Recht auf Entschädigung aus der Staatskasse. Mit dieser Bestimmung wird das Verbot eines gewerkschaftlichen Streikfonds begründet. Andererseits hat auch der Unternehmer bei einem zu unrecht erlittenen Streik Anrecht auf Entschädigung.

In der Praxis waren über 90 % der Streiks nach 1978 illegal. Die Unternehmer oder das Arbeitsministerium konnten fast immer kleinere oder größere Formfehler bei der Einberufung von Streikversammlungen, Registrierung der Teilnehmer, Ab-

⁵ Argelina C. Figueiredo, *Política Governamental e funções sindicais*, Diss. São Paulo USP 1975.

stimmungsverfahren usw. nachweisen. Die Absurdität der Ausführungsbestimmungen wird unter anderem daran klar, daß das Gesetz vorschreibt, daß ein Streik nur auf einer Vollversammlung in geheimer Abstimmung beschlossen werden kann. Bei der Versammlung müssen zwei Drittel der Gewerkschaftsmitglieder anwesend sein. Zwei Tage später muß dann eine zweite Versammlung stattfinden, auf der erneut über den Streik abgestimmt wird. In dieser Versammlung ist das Quorum auf ein Drittel reduziert. Bei sehr großen Gewerkschaften hat man das Quorum auf ein Achtel gesenkt. Die Metallarbeitergewerkschaft von São Paulo müßte aber immer noch über 32.000 Personen an einem Ort zusammenbringen und schriftlich abstimmen lassen, um nur dieses eine formale Kriterium zu erfüllen.

Probleme gewerkschaftlicher Identitätsbildung

In der engen Bindung der brasilianischen Gewerkschaften an den Staat seit Beginn der 30er Jahre hat es Phasen gegeben, in denen das integrierende Element vorherrschte, wie z.B. in der zweiten Präsidentschaft von Vargas 1950 bis 1954 und unter João Goulart von 1961 bis 1964 und andere, in denen das repressive Element im Vordergrund stand. Immer jedoch war der Staat präsent; er war der wichtigste Partner oder Gegner als Schiedsrichter in Tarifauseinandersetzungen ebenso wie als Lenker der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Den brasilianischen Gewerkschaften ist es in der Mehrheit bis heute nicht gelungen, eine eigene Identität zu finden. Sie hatten, wie Werner Würtele in seiner Studie zutreffend darstellt, vor 1930 keine Zeit zur Identitätsfindung im Übergang von der Phase des oppositionellen zur Phase des assoziierten Syndikalismus⁶.

Heute bedeutet Identitätsfindung vor allem Auseinandersetzung mit der Allmacht des Staates im Gewerkschaftswesen. In diesem Zusammenhang besteht die Gefahr, daß die Unternehmen und Unternehmerverbände an den Rand des Blickfeldes geraten. Die brasilianischen Gewerkschaften sind in den Betrieben traditionell sehr schwach. Es gibt keine Betriebsräte und keine Basisorganisation innerhalb der Betriebe. In der demokratischen Phase vor 1964 erschien es den Gewerkschaften zumeist nicht nötig, in den Betrieben eine Organisation aufzubauen, da sie den direkten Zugang zum Arbeitsministerium hatten und von oben manche Probleme besser lösen konnten als von der Basis aus. Nach 1964 genossen die Unternehmer den vollen Schutz der Staatsgewalt, wenn sie Versuche, wie z.B. in Osasco 1968, in den Betrieben Gewerkschaftszellen zu organisieren, mit brutaler Gewalt niederdrückten.

⁶ Würtele, a. a. O., S. 19.

Gewerkschaften als „parallele Macht“ — Grenzen staatlicher Reformbereitschaft

In Brasilien existieren keine freien Gewerkschaften, wohl aber tausende von aktiven Gewerkschaftlern, die das Gewerkschaftswesen von Grund auf reformieren möchten. In einigen Gewerkschaften ist es der Opposition gelungen, Vorstandswahlen zu gewinnen. Diese sogenannten „authentischen“ Gewerkschaften kontrollieren heute eine Minderheit der brasilianischen Gewerkschaften, aber mehr als die Hälfte der gewerkschaftlich aktiven Arbeitnehmer.

Verbal sind sich die „authentischen“ Befürworter von Strukturreformen mit den gemäßigten Kräften der Gewerkschaften und sogar dem Arbeitsministerium weitgehend einig über die Notwendigkeit von Veränderungen. Auch bei den Unternehmern wächst die Einsicht in die Notwendigkeit der Reform mit dem Ziel, einen kompetenten und verantwortlichen Gesprächspartner auf der Arbeitnehmerseite zu haben. Die ungelösten Probleme bestehen in der richtigen Vorgehensweise und in der Frage nach der politischen Kontrolle des zukünftigen Gewerkschaftsmodelles.

Die Regierung Geisel hat schon 1976 eine Kommission zur Reform des CLT eingesetzt. Diese legte 1979 einen Entwurf vor, der nur unwesentliche Änderungen am bestehenden Gesetz vorsah und von den Gewerkschaften einhellig abgelehnt wurde. Seitdem wird vom Arbeitsministerium nicht mehr über das Projekt gesprochen. Der gegenwärtige Arbeitsminister schließt in seinen öffentlichen Äußerungen unabhängige Gewerkschaften nicht aus, ohne jedoch zu definieren, was er darunter versteht. Gleichzeitig machte er die Grenzen der Unabhängigkeit in Brasilien deutlich: „Die gewerkschaftliche Autonomie kann nicht einfach die Freiheit bedeuten, eine parallele Macht im Staat aufzubauen, um ihn in der Realisierung der nationalen Interessen zu ersetzen und in Frage zu stellen. Das Mandat des Staates geht wesentlich weiter, als das der Gewerkschaften und wer von gewerkschaftlicher Autonomie spricht, sollte das nicht vergessen.“⁷ Amaury de Souza kommt in einer neueren Studie zu dem Ergebnis, daß das gegenwärtige politische System Brasiliens, das noch immer auf der Macht der Militärs beruht und nicht auf einer demokratischen Legitimierung in vier Punkten keine Konzessionen machen kann:

1. Das Verbot internationaler Zusammenschlüsse,
2. die starke Einschränkung des Streikrechtes,
3. die sogenannte Gewerkschaftssteuer und
4. das Verbot, einen allgemeinen Gewerkschaftsbund zu gründen.⁸

Die liberaleren Kräfte in der brasilianischen Regierung können sich bisher noch nicht gegen die konservative Linie durchsetzen. Bisher hat die Regierung noch kein Konzept gefunden, das ihr erlauben würde, die Gewerkschafts-Gesetzgebung zu liberalisieren, ohne dabei das Aufkommen der gefürchteten „parallelen Macht“ zu riskieren.

⁷ Interview in Jornal do Brasil, 12.4.1981

⁸ Amaury de Souza und Bolivar Lamounier, *Escaping the Black Hole: Government-Labour Relations in Brazil in the 1980's*. Manuskript, Rio 1980

Seitens der brasilianischen Unternehmer wird zwar immer wieder das Fehlen eines kompetenten Gesprächspartners auf der Arbeitnehmerseite beklagt. Die Unternehmer haben aber wenig getan, um sich politisch zu artikulieren und durch eigene Vorschläge die Diskussion um eine Gewerkschaftsreform voranzutreiben. Wenige Betriebe haben bisher die Einführung von zumeist in ihren Rechten sehr beschränkten Betriebsräten gewagt. Die Mehrheit der Unternehmer ist gewöhnt, wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen der Regierung zu überlassen. Da auch die Unternehmer in „Gewerkschaften“ organisiert sind, für die im Prinzip die gleichen Regeln gelten, wie für die Arbeitergewerkschaften, ist von ihnen eine unabhängige Position nicht zu erwarten. Die transnationalen Unternehmen wollen durch Abweichen von der Regierungslinie nicht nationale Empfindlichkeiten verletzen. Andererseits waren sie sicher, daß sie bei Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften den Staat mit seinem gesamten Repressionsapparat auf ihrer Seite hatten. Schließlich sei noch einmal daran erinnert, daß der Staat selbst in Brasilien der größte Unternehmer ist und es im Bereich der staatlichen Unternehmen nur wenige kritische Gewerkschaften gibt. Außerdem ist es der staatlichen Industrie bisher immer leichter gefallen, Forderungen der Arbeitnehmer zu erfüllen, einfach deshalb, weil der Konkurrenzdruck in den vom Staat beherrschten Wirtschaftszweigen geringer ist.

Gewerkschaftliche Vorstellungen von Gewerkschaftsreform

In den Gewerkschaften selbst gibt es zwei Gruppierungen, die auf eine grundlegende Gewerkschaftsreform drängen. Die größere der beiden Gruppen nennt sich „Unidade Sindical“ (Gewerkschaftseinheit). Sie versucht, ausgehend von den bestehenden Strukturen, Gewerkschaftsvorstände und Föderationen mit „progressiven“ Gewerkschaftlern zu besetzen. Ihr Hauptziel ist politischer Natur. Sie drängt auf eine verfassungsgebende Nationalversammlung, von der sie auch für die Gewerkschaftsgesetzgebung neue Impulse erwartet. Sie möchte die Unabhängigkeit vom Arbeitsministerium, will jedoch die Gewerkschaftssteuer als wichtigste Finanzierungsquelle des Gewerkschaftswesens beibehalten. Die aktivsten Elemente der Gewerkschaftseinheit drängen auf die Bildung eines Dachverbandes „Central Única dos Trabalhadores — CUT“. Dieser soll von den bestehenden Gewerkschaftsdirektorien gebildet werden und nicht etwa durch Wahlen an der Basis zustande kommen.

Die „Unidade Sindical“ verteidigt die Einheitsgewerkschaft, sie lehnt den Gewerkschaftspluralismus ab. Die Repräsentation der Gewerkschaften in den Betrieben möchte sie durch den sogenannten „Delegado Sindical“ gewährleistet wissen. Dies ist ein vom Gewerkschaftsvorstand ernannter Funktionär, der sich als freigestellter und unkündbarer Arbeiter eines Betriebes um die gewerkschaftlichen Belange der Belegschaft kümmert und eine Brücke zwischen der Gewerkschaft und dem Betrieb darstellt. Politisch stehen hinter der „Unidade Sindical“ eine Koalition

von Kommunisten und gemäßigten Kräften des bisherigen Gewerkschaftsapparates. Gemeinsam ist ihnen die Vorliebe für eine Politik, die von den Gewerkschaftsbürokratien ausgeht. Eine wirklich gründliche Umgestaltung der Gewerkschaft selbst und eine Verankerung der Gewerkschaft im Betrieb ist in ihrem Konzept nicht vorgesehen.

Anders dagegen eine Minderheitsströmung, die sich bisher weniger fest organisiert hat, die man jedoch unter dem Sammelbegriff „Novo Sindicalismo“ (Neues Gewerkschaftswesen) zusammenfassen kann. Sie besteht zumeist aus der Gewerkschaftsopposition und kirchlichen sowie radikal-sozialistischen Basisgruppen. Ihnen geht es mehr um eine Organisation der Arbeiter im Betrieb. Sie verteidigen die Einrichtung von Betriebsräten, die grundlegende Demokratisierung der gewerkschaftlichen Strukturen und die Abschaffung der Gewerkschaftssteuer. Den „Delegado Sindical“ möchten sie im Betrieb wählen und nicht vom Gewerkschaftsvorstand ernennen lassen. Diese Richtung ist wesentlich schwächer, da es ihr bisher nicht gelungen ist, wichtige Gewerkschaften in die Hand zu bekommen. Eine gewisse Unterstützung findet die Gruppe in der neugegründeten Partei der Arbeiter (PT) unter ihrem Vorsitzenden Lula. Lula hat aber, was seine Kritiker zu recht bemerken, die Auseinandersetzung innerhalb der Gewerkschaften zugunsten des Aufbaus einer Arbeiterpartei vernachlässigt. So besteht die Gefahr, daß sich auch unter den Befürwortern einer Reform die Kräfte durchsetzen, die nur den Apparat erobern wollen, ohne ihn eigentlich zu ändern. Daß eine solche Strategie auch orthodoxen Kräften der Linken gut ins Konzept paßt, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Basisdemokratische Kräfte dagegen sind noch zu wenig organisiert und ideologisch zu heterogen, um eine bestimmende Kraft darzustellen. Langfristig gesehen liegt aber bei ihnen die größte Hoffnung auf eine grundlegende Umstrukturierung und Demokratisierung des brasilianischen Gewerkschaftswesens.